



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 2

*

solidaritaet@gmx.at

*

April 2026

Der Krieg der USA gegen den Iran ist von langer Hand geplant!

Der Krieg der USA ist auch ein weiterer Schritt der USA zum Krieg gegen China!

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff der USA und Israels auf den Iran. Das iranische Atomprogramm ist der Vorwand, ein Regimewechsel, ein USA-williger Iran oder ein zersplitterter Iran im Interesse der globalen Wirtschafts- und vor allem Militärinteressen der USA sind das Ziel. Die USA wollen mit ihrem Kettenhund Netanjahu den Zugriff auf die vor 50 Jahren für sie verloren gegangenen Öl- und Gasvorräte wieder erlangen und mit einem den USA und Israel genehmen Regime ähnlich wie mit und nach den Kriegen gegen und im Irak, in Libyen und zuletzt in Syrien den Nahen Osten beherrschen.

Auch die EU will bei der kriegerischen Neuordnung des Nahen Ostens durch den völkerrechtswidrigen

Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran mit dabei sein. Dafür wird der Völkerrechtsbruch relativiert und sogar so getan als sei der Iran der Angreifer.

Die Supermacht USA hat seit 2001 im Nahen Osten 7 Länder im Visier!

- **Iran**

Wesley Clark, Vier-Sterne-General a.D. der US-Army, war u.a. 1997-2000 Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte in Europa. Er hielt am 3. Oktober 2007 in San Francisco, Kalifornien eine Rede.

Fortsetzung Seite 2

40 Jahre AKW-Super-GAU von Tschernobyl

Atomkatastrophen mahnen:

AKW und Atomwaffen sind siamesische Zwillinge –
eine Gefahr für Umwelt, Klima, Sozialstaat, Demokratie und Frieden.

Podiumsdiskussion über Gefahren und positive Zukunftswege.

em.o.Univ.-Prof.in Helga Kromp-Kolb (Zentrum für Globalen Wandel und Nachhaltigkeit, BOKU)

Dr. Nikolaus Müllner (Institut für Sicherheit- und Risikoforschung, BOKU)

Dr. Wilfried Leisch (Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg)

Moderation: **Dr. Sigrid Kroismayr** (Club of Vienna)

Dienstag, 28. April 2026, Beginn 18:00 Uhr

Ort: Otto-Mauer-Zentrum, Mezzanin, Währinger Straße 2-4, 1090 Wien.



Um Anmeldung wird gebeten: ggae@gmx.at



Es hat zwar um einiges länger als 5 Jahre gedauert, als das Pentagon das 2001 einschätzte, aber die USA haben mit dem Krieg gegen den Iran seit 28. Februar 2026 nun nach den Kriegen gegen sechs dieser sieben Länder, **Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan** auch das **siebente**, den **Iran**, das letzte dieser Länder, mit Krieg überzogen. Ziel der USA war und ist es, die herrschende Regierung im Iran zu stürzen und eine ihnen genehme Regierung zu installieren. Das ist ihnen bisher nicht gelungen.

Für die USA ist der Iran u.a. als Staat mit den größten Erdgasvorkommen und den viertgrößten Erdölvorkommen der Welt ein attraktives Ziel. Um die verheerenden, mörderischen Angriffe auf den Iran zu rechtfertigen, verbreitet die Trump-Regierung ebenso wie ein Großteil der westlichen Medien in Europa die Lüge, der Iran wolle von sich aus Krieg gegen die Golfstaaten, gegen westliche Verbündete führen, er habe sogar Atombomben, die er einsetzen wolle. Das ist natürlich gelogen und wäre ja selbstmörderisch. Kein Staat der Welt würde von sich aus die USA mit ihrer ungeheuren Militärmacht angreifen.

Der Chef der Atomlobbyorganisation IAEA, Rafael Grossi, hatte noch im Juli 2025, vor dem ersten Angriff der USA und Israels auf den Iran behauptet, der Iran stehe kurz vor der Atombombe und damit den USA-Israel-Angriff auf den Iran quasi „legitimiert“. Er musste Anfang März 2026 eingestehen, dass es keine Anzeichen gegeben hätte, dass der Iran an Kernwaffen arbeite: *„Wir sehen kein strukturiertes Programm zur Herstellung von Atomwaffen“* (<https://orf.at/stories/3422040>). Aber genau das behaupten die USA und Israel als Vorwand zum Krieg gegen den Iran und bekommen dabei Kriegspropaganda-Schützenhilfe aus der EU, insbesondere von Deutschland, Frankreich und Großbritannien (= die sog. E 3).

Die USA, die seit den 1960er Jahren das israelische Militär finanzieren, haben gemeinsam mit ihrem Kettenhund Israel den Iran schon im Juni 2025 bombardiert. Sicher waren und sind für die USA und damit für das US-Großkapital die erwähnten riesigen Erdöl- und Erdgasvorkommen des Irans interessant. Doch es ging und geht den USA auch darum, die Rolle des Irans in der Region zu brechen bzw. durch einen angestrebten Regime-Change den Iran und die ganze Region zu kontrollieren.

- **China**

Ein weiteres wichtiges Motiv des völkerrechtswidrigen Zerstörungskrieges der USA gegen den Iran ist, China zu treffen, einen Wirtschaftspartner des Irans.

Der Iran liefert ca. 80% bis 90% seines Erdölexportes zu billigen Preisen nach China. Wenn er das nicht mehr liefern kann, hat der Iran entsprechend hohe finanzielle Einbußen. China bezieht nur ca. 10% seines Erdöls vom Iran. Die USA-Angriffe sollen jedoch China in Bedrängnis bringen, bedrohen. Laut internationalen Experten ist China der einzige Staat der Welt, der die USA schon in vielen wirtschaftlichen und technischen

Bereichen schon seit Jahren überflügelt hat. Und China ist der einzige Staat der Welt, der eine wirtschaftliche Konkurrenz gegen über den totale Dominanz der USA, des US-Kapitals auf dem Weltmarkt bedeutet. Die USA können ihre Weltherrschaftspläne letztlich gegen China nur mehr militärisch durchsetzen, das bedeutet die Gefahr eines großen Krieges, eines Weltbrands.

Das US-amerikanische Großkapital investiert mehr denn je Abermilliarden in Rüstung! Hier sind die größten Profite zu erzielen: Beim Verkauf der Waffen, bei deren schnellen Verschleiß im Krieg und dann nach riesiger Zerstörung und zigtausend Toten beim Geschäft mit dem Wiederaufbau. Das Pentagon verlangt gerade vom US-Kongress zusätzlich 200 Mrd. US-Dollar für den Iran-Krieg. (Kurier, 22.3.2026). Ca. 1 Milliarde Dollar kostet der Krieg die USA – die Steuerzahler:innen – täglich! (13.3. 2026, Handelsblatt)

Die USA sind von China 11.000 km, von den Philippinen 12.000 km entfernt. Die USA haben seit 2025 nun in der Region allein auf den Philippinen neun Militärstützpunkte.

Die US-Pazifik-Flotte hat in der Region mindestens ca. 200.000 aktive Marinesoldaten, 50.000 Reservisten, ca. 200 Schiffe plus ca. 1500 Flugzeuge. Die USA führen soweit möglich ihre Kriege mit Hilfe ihrer Marine vom Meer aus: Die Luftwaffe startet von den Schiffen, Raketen etc. werden von den Kriegsschiffen abgefeuert, ebenso starten die Bombenflugzeuge von dort. Die 7. US-Flotte ist mit den meisten Atomraketen bestückt. 60% der gesamten US-Marine ist schon seit der Obama Regierung in Pearl Harbor auf Hawaii im Pazifik stationiert.

Der philippinische Militärexperte Prof. Roland G. Simbulan: *„Die imperialen Interessen der USA, die das Südchinesische Meer lange Zeit als Teil des ‚Amerikanischen Meeres‘ dominiert haben, sind nun durch die Herausforderung der defensiven Seemacht China in der Region bedroht, da die VR China ihre eigenen Ost- und Südküsten sowie die Seewege für den Handel schützt. Für die USA ist China zum Haupthindernis für ihre globale Vorherrschaft geworden, ungeachtet der Angriffe Russlands in der Ukraine“* (zitiert aus: Rainer Werning, 9.04. 2023

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=96018>, Ost- & Südostasien: US-Militärs in Manövermanie – die Einkreisung Chinas gewinnt an Konturen Teil I).

Donald Trumps Regime unterscheidet sich wohl von der Politik seiner Vorgänger. Seine Politik ist jedoch nur Fortsetzung der Militärpolitik und der Kriege, die die USA seit Jahrzehnten betreiben. Schon Georg Bush sagte 2001, dass China für ihn ein strategischer Konkurrent ist, US-Außenministerin Hillary Clinton erklärte 2011, dass Amerika für die nächsten 60 Jahre in der asiatisch-pazifischen Region präsent und dominant bleiben werde. Und von dort soll, geht es nach Trumps Plänen, auch der direkte US-Krieg gegen China beginnen.

Was macht das offizielle Österreich?

Wir verurteilen die lahme Reaktion vom Bundespräsidenten abwärts, von der österreichischen Bundesregierung,

die namens des Bundeskanzlers und der Außenministerin keine eindeutige Verurteilung des Angriffskrieges der USA und Israels gegen den Iran machten. Das immerwährend neutrale Österreich muss klipp und klar dagegen auftreten und alles, was indirekt oder direkt der Kriegsunterstützung dient, unterlassen und entschieden bekämpfen. Für Österreich heißt das vor allem, keine Aufweichung des Kriegsmaterialengesetzes und alle Überflüge von US-Militärflugzeugen zu verbieten! Ist das geschehen? (http://prosv.at/wp-content/uploads/2025/12/Soli-Ztg_5_Dez_2025_HP_comp-1.pdf, Seite 7)

Offiziell gibt es dazu keine Stellungnahme der Regierung – sie schweigt dazu. Österreich muss es machen, wie die neutrale Schweiz, seinen Luftraum für alle militärische Überflüge sperren. Bundeskanzler Stocker betont hingegen, dass Österreich in die EU eingebunden sei. Was das bedeutet, wenn man nichts dagegen sagt und tut ist, dass unsere Regierung die österreichische Bevölkerung in Gefahr bringt in diesen Krieg hineingezogen zu werden – wie die Kriegspolitik der EU (vor allem von Deutschland und Frankreich) sowie Großbritanniens zeigen. Stocker sagt: „Ich hoffe, dass wir in diesen Konflikt nicht hineingezogen werden. Die einzige Möglichkeit hineingezogen zu werden, wäre ein Angriff auf unser Staatsgebiet“ und betont „wie wichtig es ist, dass Österreich sich z.B. am Projekt Sky Shield beteiligt“ (NÖN, 2.3.2026).

Aber der USA-Israel-Krieg gegen den Iran zeigt das Gegenteil, dass gerade Militärstützpunkte und Raketenabschussrampen Ziele der Iran-Abwehr sind. Hat man weitreichende Angriffswaffen wie Verteidigungsministerin Tanner sie anschaffen (2.500 km Reichweite) und in Österreich mit dem von NATO-Deutschland betriebenen Sky Shield stationieren will, ist man nicht geschützt, sondern macht Österreich vielmehr zum potenziellen Angriffsziel!

Ähnlich wie schon bei Venezuela begrüßt die Regierung Österreichs einen Regimewechsel, ohne USA und Israel für ihren Krieg gegen den Iran, Libanon usw. zu verurteilen; es solle nur nicht zu einer Eskalation kommen. Doch genau das passiert durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA und Israels. So ermutigt unsere Regierung, die per Verfassung zur immerwährenden Neutralität verpflichtet ist, die USA zu weiteren, bereits von Trump angekündigten (Kuba, Grönland) völkerrechtswidrigen Angriffen und Machtausweitungen.

Meinl-Reisinger: USA-EU-Sprachrohr statt Neutralität-Außenministerin

Besonders widerlich ist zum wiederholten Male das Auftreten von Neos-Außenministerin Meinl-Reisinger, zuletzt bei ihrem Besuch in Saudi-Arabien. Als Grund für ihre Reise gab sie an, zur Deeskalation mit Diplomatie beitragen zu wollen, bezeichnete aber dann im gleichen Atemzug den Iran als „in die Ecke gedrängten Dobermann, der wild um sich beißt.“ Die Iran-Gegenschläge auf Golfstaaten müssten in der UNO schärfstens verurteilt werden. Kein Wort darüber, dass die USA und Israel den Iran angegriffen haben. Das ist Täterumkehr. Was sie unter Diplomatie versteht ist, dass das Iran-Regime keine Atomwaffen haben dürfe (ein anderes schon?), und neben den USA auch die EU in der Golfregion, in der Straße von Hormus, stark präsent sein soll. Was hat das mit Neutralitätspolitik zu tun? Meinl-Reisinger entpuppt sich als ein USA-EU-Sprachrohr. Eigentlich will sie wie die USA und Israel den Iran auslöschen oder zumindest die Souveränität des Iran, v.a. auch über jene Teile der Straße von Hormus, die iranisches Staatsgebiet sind, im Namen der „freien Schifffahrt“ dem Iran in „Verhandlungen“ entreißen und mit USA und EU kontrollieren und beherrschen. Dazu will Meinl-Reisinger den aktuellen Waffenstillstand nutzen und spricht deshalb entlarvend lieber von „Waffenpause“. Womit sie einer Fortführung des Krieges gegen den Iran das Wort redet. Schon zuvor sprach sich der **Nationalrat im Februar 2026, inklusive der Regierungsfractionen (VP, SP, Neos), einstimmig, also auch mit den Stimmen von FPÖ und Grünen, „für einen erhöhten Druck auf das Regime im Iran“** aus (www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2026/pk0138).

Wenn das NATO-Land Spanien die sofortige Beendigung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der USA und Israels gegen den Iran verlangt, US-Militärüberflüge generell verbietet, dann muss sich die Regierung des immerwährend neutralen Österreich und als Land mit UNO-Sitz erst recht und umso mehr für den sofortigen und dauerhaften Stopp des völkerrechtswidrigen Krieges von USA und Israel gegen den Iran aussprechen und diplomatisch entsprechend aktiv werden. Wir, das immerwährend neutrale Österreich, müssen entschieden gegen den US-Angriffskrieg auftreten.

**Österreichs Beitrag muss heißen:
Aktive Neutralitätspolitik betreiben,
nicht USA-, EU- oder NATO-Sprachrohr sein!**

USA: Sie grinsen und bomben, bomben, bomben ...

... auf die Bevölkerung, oder auf das iranische AKW Buschehr, nur 75 Meter vom Gelände entfernt. Da musste sogar die Atomlobby-organisation IAEA vor einer „sehr realen Bedrohung für die nukleare Sicherheit mit schädlichen Folgen für Mensch und Umwelt im Iran und darüber hinaus“ warnen und sagen, dass „eine Nuklearanlage und ihre Umgebung niemals angegriffen werden sollten“ (<https://orf.at/stories/3426117>, 7.4.26).

„Sollten“? AKW dürfen nie und nimmer Angriffsziele sein!

Ähnlich wie die IAEA schauen die meisten Herrschenden weg, lassen die USA und Israel bei ihrem Morden gewähren.



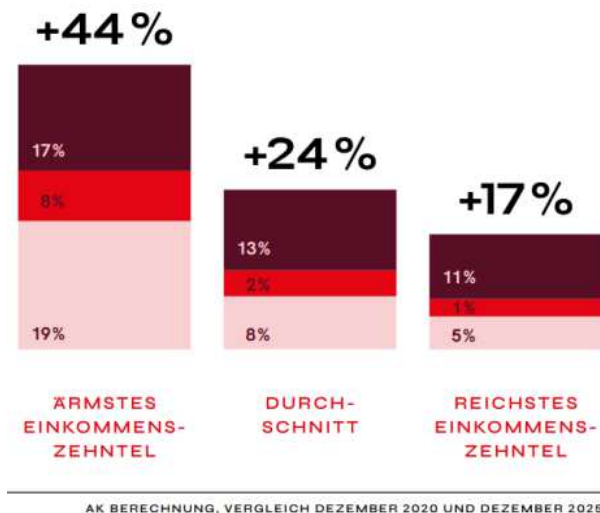
(Screenshot. ZIB 1, 7.4.2026)

Nächste Teuerungswelle

Während die österreichische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff der USA und Israels auf den Iran kaum oder gar nicht verurteilt, manche sogar begrüßen und die USA mit Israel den Krieg gegen den Iran auf die ganze Region ausweiten, steigen wieder die Sprit- und anderen Energiepreise. Und im Windschatten der Profitmacher in diesem weiteren und brandgefährlichen Krieg steigen auch alle anderen Preise, wie von Seiten der Industrie und des Handels gleich angekündigt wird.

Gleichzeitig will die Regierung und ihr Finanzminister im nächsten Doppelbudget, das sie schon im Juni beschließen will, weiter 2 Milliarden Euro „einsparen“, also vor allem bei der Bevölkerung, bei Sozialstaat, Gesundheit, Bildung usw. holen. Milliardenförderungen für die Industrie gibt es aber weiter. Ausgaben für Teilnahme an Auf- und Kriegsrüstung werden auch nicht angetastet, ja sogar mit Hilfe der EU-„Ausweichklausel“ erhöht. Diese Klausel ermöglicht EU-Mitgliedstaaten, trotz der Defizitregeln jetzt höhere Budgetdefizite für Aufrüstungsausgaben zu machen. Jeder Euro für Waffen ist einer, der für Soziales fehlt.

Während die Bevölkerung zur Kasse gebeten wird, die Armen noch ärmer werden, haben in den letzten sechs Monaten allein die Vermögen der Superreichen weltweit um 405 Mrd. Euro zugenommen. 3.600 Superreiche besitzen so viel wie 181 Millionen Menschen (Quelle: Oxfarm 2025).



Quelle: AK für Dich, 2/26

Das unterste Einkommenszehntel muss heute um 44% mehr von seinem Einkommen als im Jahr 2020 ausgeben, während es beim reichsten Einkommenszehntel nur 17% mehr sind. Da sind die niedrigen Lohnabschlüsse des letzten Jahres und die angekündigten neuerlichen Preissteigerungen in vielen Bereichen in den nächsten Monaten noch gar nicht berücksichtigt. Schon die letzten Preissteigerungen haben vor allem Menschen mit wenig Einkommen getroffen. Die Preissteigerungen fanden vor

allem im Bereich der Grundbedürfnisse statt, von Mieten über Energie bis Lebensmittel, so die AK.

Teuerung seit 2021 bei günstigen Lebensmitteln:

Äpfel	+28 %	Sonnenblumenöl	+61 %
Vollmilch	+32 %	Tafelessig	+88 %
Mischbrot	+36 %	Mehl	+88 %
Kartoffeln	+39 %	Penne-Nudeln	+103 %
Tomaten	+64 %	Bohnenkaffee	+151 %
Butter	+64 %	Orangensaft	+157 %

Quelle: AK für Dich, 2/26

Die „Spritpreisbremse“ ab 1. April (angeblich 10 Cent Reduktion) ist eine Augenauswischerei: Erstens zahlen sich das die Konsument:innen durch die Reduktion der Mineralölsteuer um 5 Cent zur Hälfte selbst. Zweitens haben die Öl- und Tankstellenkonzerne die Preise schon vorher erhöht. Drittens kann dadurch nicht einmal annähernd kontrolliert werden, ob es wirklich eine Senkung gab oder nicht doch eine Erhöhung. Und die erst mit Juli 2026 wirksame Halbierung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel zahlt wieder die Masse der Bevölkerung selber, weil die Einnahmen im Budget fehlen, während die Agrar- und Lebensmittelkonzerne weiter „ihre Preise“ selbst „gestalten“ können. Zu alledem gehen Expert:innen davon aus, dass in diesem Jahr die Inflation wieder auf ca. 6% klettert (Kurier, 30.3.2026).

Die Unternehmer jammern andauernd über zu wenige Arbeitskräfte, schmeißen aber täglich Arbeitende auf die Straße. Die Arbeitslosigkeit steigt immer mehr. Ähnlich ist die Situation bei den Lehrlingen: Großes, medienwirksames Klagen der Unternehmer, dass es zu wenig Lehrlinge oder nur welche mit schlechter Ausbildung gibt, aber eine qualitative Lehrlingsausbildung wird von ihnen immer weniger oder gar nicht angeboten. Die Lehrstellensuchenden übertreffen das Angebot an Lehrstellen.

Daher:

- **Schluss mit den Förderungen für Industrie und Konzerne ohne Gegenleistung. Das ist eine offene oder versteckte Profitsicherung.**
- **Die Gewerkschaften müssen in den laufenden und kommenden Lohnverhandlungen das, was den arbeitenden Menschen zuvor und gerade jetzt wieder von den Unternehmern und Konzernen genommen wird, zurückholen – und einen Aufschlag zur Abgeltung der bereits angekündigten wieder höheren Inflation dazu. Nur so werden wir nicht wieder weniger für die**

Bestreitung des täglichen Lebensunterhalts haben, während sich Unternehmer und Konzerne weiterhin ihre Profite und Übergewinne vom Staat per Gesetz garantieren lassen wollen (z.B. über eine „Lohnnebenkosten“-Senkung auf unsere Kosten).

- Schluss mit der Auf- und Kriegsrüstung in Österreich zur Ein- und Anbindung an die NATO-EU-Deutschland-Kriegspläne und deren ständige Förderung aus dem Budget.
- Ja zum Ausbau des Sozialstaates und der immer-währenden Neutralität Österreichs!
- Nein zur Finanzierung von Konflikten und Kriegen!
Gegen die Kriegstreiber in Ost und West!

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeitenden. Für Arbeit, Demokratie, Gesundheit, Klimaschutz. Gegen Aufrüstung, Krieg und Sozialabbau!
Für Sozialstaat, Demokratie, Frieden und Neutralität Österreichs!

Kommt zum

1. MAI 2026

ab 9.00 Uhr beim Burgtheater / am Ring,
Josef-Meinrad-Platz, 1010 Wien

Mit Infostand, Kurzansprachen, Transparenten,
Flugblattverteilung.



*Für Demokratie, Sozialstaat und die
immerwährende Neutralität Österreichs!*

Waffenstillstand sofort!

Gegen die Kriegstreiber in Ost und West!

Schluss mit Aufrüstung und Krieg!

Freitag, 1. Mai 2026, ab 9.00 Uhr, 1010 Wien, Josef Meinrad Platz,
Ecke Universitätsring (rechts vom Burgtheater).

Gegen Teuerung und Krisenabwälzung auf dem Rücken der Bevölkerung! * Schluss mit den Kriegen im Iran, in Ukraine, Gaza, Libanon, Westjordanland, Sudan, usw. * Gegen die Kriegstreiber in Ost und West, gegen die Kriegstreiber in der EU und in Österreich! * Waffenstillstand und Frieden jetzt! * Für Ausbau des Sozialstaates statt Aufrüstung und Krieg! * JA zur immerwährenden Neutralität Österreichs!

Wer mithelfen will, meldet sich gerne unter: ggae@gmx.at

gegen
alle vernunft
gegen
jede solidarität
gegen
alle menschlichkeit
gegen
jede hoffnung
gegen
alles was uns
heilig ist
gegen
jede sicherheit
gegen
jede lebensqualität
gegen
dein und mein
eigentum
gegen
jede versöhnung
gegen
das leben
gegen
jede zuversicht
gegen
jedes versprechen
von frieden
gegen
jedes friedvolle leben
wird jetzt krieg
geführt werden
von den mächtigen
bomben abgeworfen
wir aber treten
ein für hoffnung
für zukunft
für freiheit
für solidarität
und für das leben
für frieden
für neutralität

Bagger in der Lobau: Lobau-Autobahn und Lobau-Tunnel – nicht nur gegen die Umwelt, sondern auch für eine neue Kriegsautobahn!

Wer weiß noch, warum und vom wem das Öllager und der Ölhafen Lobau initiiert und dorthin platziert und gebaut wurde, ebenso wer damals den Bau des Donau-Oder Kanals plante und begann? Es waren Nazi-Hitlers Militär- und Kriegsstrategen für den Krieg gegen den Osten, gegen Russland (Sowjetunion). Siehe dazu das Lobau-Museum, das allerdings die Kriegspläne der Nazis in der Lobau verniedlichend als „Ölfieber des deutschen Reiches“ bezeichnet:

<https://www.lobaumuseum.wien/cms/wie-die-lobau-von-der-oelindustrie-erobert-wurde>.

An der strategischen Bedeutung von Ölhafen und Öllager in der Lobau an der Donau hat sich nichts geändert. Im Gegenteil für die NATO-EU-Kriegspläne hat dieser Standort jetzt durch den Ukrainekrieg und der Kriegshetze gegen Russland eine „neue Veranlassung“ bekommen. Aber die Pläne gibt es in der EU schon lange. Seit Jahrzehnten gibt es für den „zivilen“ Verkehrsausbau in der EU das Projekt der „Transeuropäischen Netze“ (TEN) für Straße und Schiene. In den letzten Jahren, noch vor dem Ukrainekrieg, hat die EU den Ausbau und die Bevorrangung von Militärtransporten auf dem TEN-Schienennetz vorangetrieben.

Im November 2025 legte die EU-Kommission auf Basis ihres im März verabschiedeten „Weißbuchs ReArm Europe 2030“ das Paket zur „Militärischen Mobilität in der EU“ vor:

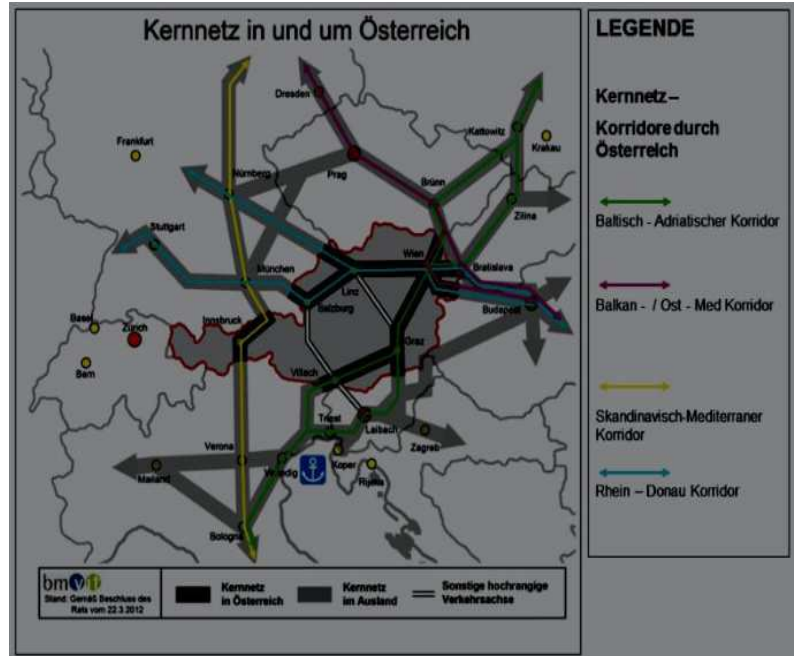
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/europa-aktuell/2025/11/militaerische-mobilitaet-und-fahrplan-fuer-die-transformation-der-verteidigungsindustrie-in-der-eu.html>.

Schon Anfang 2025 hat alleine Deutschland entschieden, den massiven „Infrastrukturausbau“ von Straße und Schiene – auch aus „verteidigungspolitischer“ Sicht“ wie das verschleiern benannt wird – mit 500 Milliarden zu finanzieren. Österreichs Wirtschaft und Industrie bejubelt das und will aktiv mitnaschen:

<https://www.wko.at/aussenwirtschaft/deutschland-sondervermoegen>.

Die Lobau-Autobahn und der Lobau-Tunnel gehören zum strategischen transeuropäischen Straßennetz der EU mit Wien im Fadenkreuz (siehe Grafik). Deshalb die Beharrlichkeit der EU, vor allem Deutschlands, für dieses „Straßenprojekt“ schon vor dem EU-Beitritt und erst recht durch die EU seit dem Beitritt Österreichs.

Und gleichsam ineinandergreifend ist die Willfährigkeit und Unterwürfigkeit der österreichischen und Wiener



(Quelle: BMVIT, Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Abteilung II/Infra 5, Transeuropäische Verkehrsnetze, (TEN-V), April 2014)

Politherrschaften, die sich freuen, dass die „Definition der Netze und insbesondere des Kernnetzes für Österreich günstig“ seien, weil „Donau, Brenner und Baltisch-Adriatische Achse Teil des Kernnetzes und auch Teile von insgesamt vier Kernnetzkorridoren“ sind.

(<https://www.bmimi.gv.at/themen/mobilitaet/transport/international/eu/ten.html>).

Das macht Österreich noch mehr zum Militärdurchhaus Europas und damit zum Angriffsziel im Falle von Kriegen und steht der immerwährenden Neutralität Österreichs total entgegen. Wenn die Lobau-Tunnel-Gegner:innen das auch unter die Menschen bringen, dann kann sich der berechnete Protest gegen das Projekt verbreitern.

Denn wie die Lobau-Gegner:innen richtig sagen, für ein schnelleres Fortkommen für die Bürgerinnen bringt der Lobau-Tunnel nichts außer enorme Kosten und neue Staus – bis hin zu dann gegebenenfalls Panzer- und Raketentransporten. Für andere wichtigere Projekte von Staat und Stadt ist aber angeblich kein Geld da. Offensichtlich genug Geld da ist für die Profite der zivilen Frächterlobby und die Militärs zur Kriegstauglichmachung der Infrastruktur für Militär- und künftige Kriegstransporte mitten durch die Zwei-Millionen-Stadt und den Großraum Wien. Da scheuen die „Verantwortlichen“ keine Kosten noch das (Kriegs-)Risiko für die Bevölkerung.

LESERBRIEF:

Gewerkschaften und die Neutralität Österreichs

Bei uns sind ja die Gewerkschaften in Bezug auf Frieden und Neutralität entweder auf Tauchstation oder machen indirekt – Schweigen ist Zustimmung – oder direkt mit, wenn Sie im Parlament sind und dort mitstimmen zu Sky Shield, zu den EU-Geldern, die ja auch in den Ukrainekrieg und in die Aufrüstung gehen.

Daher habe ich:

- 1) Im Vorfeld des GPA-Bundesforums in den Leit Antrag eine Formulierung zur Neutralität hineinreklamiert, die auch aufgenommen wurde. Diese lautet wie folgt:

LEITANTRAG DES BUNDESVORSTANDES

Die Welt in der wir leben – eine Ära neuer Realität

„ ... Kriegerische Auseinandersetzungen, Armut und fehlende Lebensgrundlagen haben Millionen Menschen in die Flucht getrieben. Die GPA bekennt sich zur österreichischen Neutralität und einer aktiven Friedenspolitik. Sicherheit ist umfassend zu verstehen und umfasst auch wirtschaftliche und insbesondere soziale Sicherheit ... „ (Hervorhebung durch d. Autor).

Da aber den schriftlichen Bekenntnissen kaum, keine oder gegenteilige Taten folgen, habe ich

- 2) zuletzt auf dem österreichweiten GPA-Gewerkschaftskongress (GPA-Bundesforum, ca. 400 Teilnehmer:innen/Delegierte) am 18. und 19. November 2025 in meinen Redebeiträgen thematisiert, darauf hingewiesen, dass die Milliarden für Aufrüstung, die über die Verteidigung der Neutralität hinausgehen, für Kriegsteilnahme dienen,

- a) neutralitätswidrig sind,
- b) 80 bis 90 % der Bevölkerung in Österreich für die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität sind,
- c) den Menschen bei den steigenden Belastungen die Milliarden für Aufrüstung und Kriegsteilnahme im täglichen Leben abgehen und die soziale Schere noch vergrößern statt schließen,
- d) Sky Shield mit der Beschaffung von Raketen mit 2.500 km Reichweite kein Verteidigungssystem (Hainburg ist 60 km von Wien entfernt), sondern ein Angriffssystem im Verbund mit EU, NATO, Deutschland ist

- e) Dass eine Neutralitätspolitik sich für den Frieden einsetzen müsse und daher gegen jegliche Kriegstreiber in Ost und West, sowohl gegen Kriegstreiberei von Russland als auch von EU-, NATO-, USA, China, Deutschland usw. sich wenden müsse
- f) die Gewerkschaftsmitglieder würden, wären sie voll informiert, es nicht gutheißen, wenn sie wüssten, wie sich die Gewerkschaften tatsächlich positionieren. Machen Gewerkschaften so weiter, dann werden sie eher Mitglieder verlieren, anstatt zu gewinnen

Ca. 1/3 der Anwesenden haben diese Aussagen per Akklamation begrüßt. Die Gewerkschaftsführung war ob meiner Ausführungen und der Zustimmung dazu gelinde gesagt nicht erfreut ...

- 3) Ich habe mit Kollegen vor dem Kongress unser Flugblatt verteilt und Unterschriften für eine Petition gesammelt:

https://prosv.at/wp-content/uploads/2025/11/A5-FB_18.11.25_gpabf-A.pdf

https://prosv.at/wp-content/uploads/2025/11/PETITION_Sparen-fuer-Aufruestung_Nein-Danke_18.11.25_gpabf.pdf

*

Gegen den Krieg, für Sozialstaat statt Rüstung und für die Neutralität einzutreten, wo immer man ist, ist notwendig und macht jedenfalls Sinn.

Einfach ist es nicht, aber Alternative dazu gibt es meiner Meinung nach keine.



Wilfried Leisch, GPA-Mitglied und ebenso ehrenamtlich aktiv bei „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ (www.atomgegner.at) und „Plattform pro Sozialstaat, pro Sozialversicherung, proSV“ (www.prosv.at).

Kurzbericht:

15. Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima (Japan)

Am 10.3. 2026 fand die Kundgebung der "Wiener Plattform Atomkraftfrei" gemeinsam mit uns "Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg" statt. Beim Super-GAU in Fukushima am 11.3.2011 in Folge des Tsunamis kamen unmittelbar 20.000 Menschen ums Leben. Durch den Reaktorunfall, bei dem es zur Kernschmelze in 3 AKWs kam, mussten 160.000 Menschen das Gebiet verlassen. 14 Millionen Kubikmeter verseuchtes Erdreich will die japanische Regierung in den nächsten Jahren über das ganze Land verteilen (FAZ, 2.6.2025). Gleich nach dem Super-GAU flossen Unmengen von hochradioaktiv verseuchtem Kühlwasser in bisher noch nie dagewesenem Ausmaß ins Meer. Seit 2023 werden aus den nach der Katastrophe errichteten 1.000 Tanks die darin angesammelten 1,3 Millionen Liter hochverseuchtes Kühlwasser und die täglich neu hinzukommenden verseuchten Wassermengen ins Meer abgelassen (DW, 11.3.2021; <https://www.dw.com/de/fukushima-das-meer-als-perfektes-endlager-f%C3%BCr-atomm%C3%BCll/a-52444866>). 15 Jahre nach der Atomkatastrophe ist die todbringende Atommafia weiter am Werk.

AKW und Atombomben sind siamesische Zwillinge.

Daher: Schließung aller AKW. Kein Geld für die Atommafia.



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz.

Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und Aktivistinnen und Aktivisten möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen – das Redaktionsteam

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW

Empfänger: Gewerkschafter gegen Atomenergie

Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, P. Düringer.

Österreichische Post AG

SM 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie

Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum



Zeitung nach dem Lesen an Interessierte weitergeben und/oder weitere Exemplare anfordern:

solidaritaet@gmx.at